

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. wöchentlich 50 Pf. Abbestellung 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Wilsdruffer Tagesblatt: die 4-spaltige Nummer 20 Pf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 143 — 91. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksed.: Dresden 2640 Dienstag, den 21. Juni 1932.

Vorpiel zu den Reichstagswahlen.

Man hat den Wahlen zum Hessischen Landtag diesmal auch außerhalb der hessischen Grenzpfähle mit ganz besonderem Interesse entgegengesehen, denn diese Wahl wurde allgemein als eine Art Vorpiel zu den Reichstagswahlen betrachtet. Ohne Zweifel bietet gerade Hessen die Möglichkeit zu Rückschlüssen auf das Reich, weil die hessische Wählerschaft in ihrer Zusammensetzung aus bäuerlichen und städtischen Schichten, in mancher Hinsicht etwa das gleiche Bild zeigt wie die der Wählerschaft im Reich. Für den Beobachter, der sich frei von parteipolitischen Wünschen seine Meinung bildet, haben die Wahlen am letzten Sonntag keine Überraschung gebracht. Wohl aber für die Parteien. Da wird die Enttäuschung größer sein als die Befriedigung. Gewiß haben die Nationalsozialisten seit der letzten Landtagswahl im November ihre Anhängerzahl um über 12 Prozent vermehren können, ihre Hoffnungen sind aber weitergegangen, sicher hat man in ihren Kreisen damit gerechnet, über 50 Prozent aller Wähler hinter sich zu bekommen. Immerhin kann die NSDAP. daraus hinweisen, daß ihre Bewegung, allen Voraussagen der Gegner zum Trotz, immer noch aufsteigend ist. Auf Gewinne kann auch die Deutsche nationale Volkspartei hinweisen, es hat sich auch bei den Hessenwahlen wie bei früheren Wahlen gezeigt, daß die DVV. noch die einzige bürgerliche Partei ist, die sich im allgemeinen Zusammenbruch der übrigen bürgerlichen Parteien behaupten, ja sogar noch verstärken kann. Dem Versuch der bürgerlichen Mittelparteien in Hessen: Volkspartei, Demokraten, Landvolk, Christlichsozialer und Wirtschaftspartei, durch Zusammenbruch auf einer Einheitsliste ihren Niedergang aufzuhalten, blieb der Erfolg verweigert. Die Wählerschaft wollte von diesem Gebilde nichts wissen, und über fünfzig Prozent der Wählerschaft gingen den bürgerlichen Mittelparteien verloren.

Noch aufschlußreicher als die Ergebnisse für die oben genannten Parteien sind die Ergebnisse für die Zentrum und Sozialdemokratie erzielt. Diese beiden Parteien konnten diesmal ihre Agitation ohne Rücksicht auf irgendwelche Regierungsbindungen voll entfalten; beide haben von dieser Möglichkeit weitgehend Gebrauch gemacht und sich viel versprochen. Der Wahlkampf war gemeinsam auf zwei Schlagworte aufgebaut: einmal auf die Parole: Kampf der „sozialreaktionären Reichsregierung“, dann: Kampf der „länderfeindlichen Reichsregierung“. Die Wirkung war allerdings anders als erwartet. Das Zentrum hat nicht nur nichts dabei gewonnen, sondern im Gegenteil noch verloren, obwohl Herr Brüning in seiner Mainzer Rede es an kräftiger Kritik an der neuen Reichsregierung nicht fehlen ließ. Von 112.000 Anhängern ist das Zentrum auf 108.000 zurückgegangen. Die Sozialdemokratie hat allerdings 4000 Leute gewonnen, wohl ein paar Kommunisten und Leute der Sozialistischen Arbeiterpartei. Durch Pflichtenverbindung mit der Staatspartei ist es der SPD. auch gelungen, die Zahl der Sitze von 15 auf 17 zu erhöhen. Aber trotzdem werden sich die Propagandaleiter der SPD. wie auch des Zentrums heute ausrechnen, daß von den beiden Kampfpapieren gegen die neue Regierung auch bei den Reichstagswahlen nicht viel zu erwarten ist. Der Streit der süddeutschen Staaten mit Berlin ist auf die hessische Wählerschaft ganz ohne Eindruck geblieben, und selbst die Tatsache, daß die neue Reichsregierung nur wenige Tage vor den Wahlen mit neuen schweren steuerlichen und sozialen Belastungen herausgekommen ist, hat den Oppositionsparteien keinen besonderen Auftrieb gegeben, auch nicht den Kommunisten, die sehr stark verloren haben.

Das hessische Vorpiel zu den Reichstagswahlen zeigt, allgemein gesehen, die Entwicklung, die schon lange erkennbar ist: die Ablehr der Wählerschaft von den Splitterparteien und die Herausbildung einiger weniger großer Parteien. Neue Firmen ziehen auch nicht mehr, davon werden sich heute gerade die Parteien überzeugen müssen, die sich auf der Einheitsliste zusammengesunden haben: die Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Staatspartei, die Christlichsozialen und das Landvolk. Ob diese Parteien aus den Hessenwahlen für den 31. Juli die richtigen Lehren ziehen, ist allerdings nach dem, was man bis jetzt hört, sehr fraglich.

Was nun aus der hessischen Regierungsbildung werden wird, weiß heute sicher noch kein Mensch. Die Kräfteverteilung ist ungefähr die gleiche wie im alten Landtag. Den Nationalsozialisten reicht es nicht zur Mehrheit, auch dann nicht, wenn Deutschnationale und die beiden Abgeordneten der Einheitsliste zu ihnen stoßen, sie hätten dann erst die Hälfte aller Stimmen, aber das ist eben noch keine tragfähige Mehrheit. Die Verantwortung für das Zustandekommen einer neuen Regierung liegt nach wie vor beim Zentrum. Aber der Wahlkampf hat nicht gerade zu einer Annäherung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum beigetragen.

■ Fördert die Ortspresse ■

Laufanner Krisenluft.

Der „Ladenhüter“.

Längst hat Frankreich erkannt, daß wirtschaftlich die Reparationen für sein Land ein schlechtes Geschäft sind. Legten Endes wäre es froh, sie loszuwerden, denn Zahlungen von Land zu Land können, das hat sich schon längst herausgestellt, an der Schlussrechnung nur durch Waren erfolgen, und diese Importe aus Deutschland kann Frankreich nicht nur nicht brauchen, sondern sie brücken mit ihrer Konkurrenz auf seinen Binnenmarkt, der sich immer mehr dem Zustand der Krisenmärkte der übrigen europäischen Staaten angleicht. Frankreich macht es aber mit seiner Reparationsforderung wie der kleine Krämer, der seinen Ladenhüter, den er gern loswerden möchte, nicht als „Ladenhüter“ auszeichnet, sondern ins Schaufenster stellt, sondern sie als besonders wertvoll bezeichnet, um für sie noch einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen, während er am liebsten um jeden Preis mit ihnen räumen möchte, weil sie ihm Platz für neue Waren, den er für neue gute Ware dringend benötigt. So stellt Frankreich auch einen eventuellen Reparationsverzicht als großes Opfer seinerseits hin, um für ihn noch gewisse Vorteile auszuhandeln. Auf wirtschaftlichem Gebiet scheinen solche französischen Erwartungen sich einmal zu richten auf die Zahlung einer gewissen Endsumme, durch Verpfändung der Reichsbahn und Ausgabe von Reichsbahnbonds. Abgesehen von dem Widerstand, den ein solcher Plan bei Deutschland finden müßte, scheint er doch der Schwierigkeiten bei der Festlegung einer in Reichsbahnbonds zahlbaren deutschen Endsumme sowie der Zinsen- und Amortisationsregelung auch von französischer Seite als so groß erkannt zu sein, daß man dieses Projekt schon wieder hat fallen lassen. Ein weiterer Plan, der für die deutsche Volkswirtschaft genau so verhängnisvoll werden könnte wie die Reichsbahnverpfändung, besteht in den Andeutungen, die jetzt als Versuchsbahn in der französischen Presse fliegen, daß Frankreich eventuell bereit wäre, eine Anleihe an die Deutsche Reichsbank gegen gewisse politische Sicherheiten zu gewähren. Man erwartet französischerseits, daß Deutschland angesichts solcher „Vorteile“ nicht nur jede Form eines von den Mächten in Lausanne abgefaßten politischen Waffenstillstandes unterzeichnen, sondern auch jede Behinderung für die Entwicklung des internationalen Handels beistimmen würde. Ferner müßte Deutschland in diesem Falle seine Einwände gegen die von Frankreich vorgeschlagene Donaukonföderation fallen lassen. Zu deutlich erkennt man hier die Absicht, und man wird verstimmt. Wiederholt Frankreich seine bekannten „goldenen Äseln“ hervor, um damit unseren wirtschaftlichen Grenzschutz, die einzige Rettung, die uns zum Ausbau einer nationalen Wirtschaft übrigbleibt, zusammenzuschleichen, um dann seine goldenen Äseln an unseren Hals zu werfen und uns abzuwürgen. Von Auslandsanleihen haben wir nun gerade, wie man so schön zu sagen pflegt, „die Nase voll“. Die Donaukonföderation ist für Deutschland überdies auch außerdem untragbar und würde für den ganzen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum keine Rettung, sondern im Gegenteil einen beschleunigten Zusammenbruch bedeuten. Genau so unannehmbar ist für Deutschland das andere von Frankreich angebotene Kompensationsobjekt der „politischen Sicherheit“. Diese Forderung bedeutet eine Zusammenkopplung der Reparationsfrage mit der Abrüstungsfrage und eine Vernebelung oder Verschleierung des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen, die jetzt endlich in Genf durchgeführt werden muß.

Die Forderungen, mit denen Deutschland nach Lausanne und Genf gekommen ist, sind klar und eindeutig mehrfach von der Reichsregierung festgelegt worden: Reparationsstreichung und Gleichberechtigung. Sie sind keine Handelsobjekte, um die sich Schachern läßt, sondern die unerschütterlichen Grundlagen nationaler Selbstbehauptung, auf denen die Reichsregierung beharren muß und wird.

Ernstere Schwierigkeiten in Lausanne.

Verschiebung der Vollkonferenz.
Die Sitzung der sechs einladenden Mächte in Duchy dauerte kaum zehn Minuten. An der Besprechung nahmen die Chefs der sechs einladenden Mächte teil. Über die Sitzung wurde ein kurzer amtlicher Bericht ausgegeben, in dem mitgeteilt wird, daß der Präsident der Reparationskonferenz Macdonald seine Kollegen über die jetzt begonnenen Besprechungen unterrichtet hat. Diese Besprechungen würden jetzt zwischen den einzelnen Abordnungen fortgesetzt werden. Um diesen Besprechungen die Möglichkeit der Entwicklung zu geben, sei beschlossen worden, die auf Dienstag vormittag einderufene Vollkonferenz der Reparationskonferenz auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Neue französische Vorschläge?

Ein umfangreicher französischer Plan.
Eine 3 1/2 stündige Unterredung zwischen Herriot und Macdonald in Lausanne, an der der englische und der französische Finanzminister teilnahmen, hat in Konferenzkreisen Aufsehen erregt. Nach französischer Mitteilung soll Herriot einen umfangreichen Plan vorgelegt haben, der die Zustimmung der französischen Regierung gefunden hat und der die gesamten politischen und wirtschaftlichen Fragen behandelt. Die Unterredung zwischen Herriot und Macdonald wird allgemein als Ausgangspunkt für entscheidende Reparations- und Abrüstungsbesprechungen angesehen. Der englische Ministerpräsident wird den Reichsfinanzler sofort über seine Unterredung mit Herriot unterrichten.

Private Besprechungen — Keine Änderung

Die Franzosen fordern weiter eine Abschlagszahlung.
Die Dreimächtebesprechung im Hotel „Deau Rivage“ dauerte über zwei Stunden. Die Unterredungen sind für streng vertraulich erklärt worden. Vereinbarungsgemäß wurde der Presse nichts mitgeteilt. Zunächst wurde in Anwesenheit von Herriot und dem französischen Finanzminister verhandelt. Diese lehrten jedoch nach einiger Zeit in ihr Hotel zurück, so daß die weiteren Besprechungen allein zwischen den deutschen und englischen Ministern stattfanden.

Unmittelbar nach der Sitzung fand im Hotel Savoy eine Sitzung der deutschen Abordnung statt, in der der Reichsfinanzler und der Reichsaussenminister die übrigen Herren der deutschen Abordnung über ihre bisherigen Besprechungen unterrichteten.

Aus den privaten Besprechungen ergibt sich, daß die Lage sich nicht geändert hat. Die Franzosen beharren auf ihre bisherige Stellungnahme und fordern im Falle einer Streichung der Tributzahlungen eine deutsche Abschlagszahlung durch Verpfändung von Eisenbahnobligationen.

Auch in der Abrüstungsfrage hält die französische Regierung an ihrer Forderung der lediglich hauswirtschaftlichen Lösung fest. Die Lage hat sich damit im allgemeinen weiter verfestigt. Die Verhandlungen in der jetzt aufgenommenen Form rein privater Unterredungen zwischen den leitenden Ministern werden in den nächsten Tagen weiter fortgesetzt werden. Eine Sitzung der Konferenz soll erst stattfinden, falls sich Möglichkeiten einer Einigung abzeichnen.

Herriot will mit den Deutschen erst nach englisch-französischer Einigung verhandeln.

Ministerpräsident Herriot erklärte der französischen Presse, daß vorläufig eine Übereinstimmung zwischen der deutschen und der französischen Auffassung nicht bestünde. Französischerseits fänden jetzt in erster Linie Verhandlungen mit der englischen Regierung statt. Sobald eine Übereinstimmung zwischen England und Frankreich hergestellt sei, würden die Beratungen von französischer Seite mit der deutschen Regierung beginnen. Die englische Regierung trete für eine völlige Streichung der Reparationen ein, der sich jedoch die französische Regierung widersetze, da sie auf Grund der internationalen Schuldregelung einen Anspruch auf einen Überschuss von Zahlungen von 350 Millionen Goldmark habe, während England nur 66, Italien 35, Belgien 68 Millionen Goldmark beanspruchen könnten. Hieraus ergebe sich eindeutig, daß Frankreich an der endgültigen Schuldentreglung bei weitem am meisten interessiert sei.

Völlige Ergebnislosigkeit!

Die privaten Besprechungen in Lausanne.
Nach Mitteilung von unterrichteter Seite sind in den privaten Besprechungen die Gegensätze in der Tributfrage in aller Schärfe zutage getreten. Die Verhandlungen sind völlig ergebnislos geblieben. Herriot hat Macdonald mitgeteilt, daß Frankreich auf einer Verbeibehaltung der Reparationen bestehen müsse, wenn es auch eine wesentliche Verabreichung und Hinausschiebung der Reparationszahlungen ohne jede neue förmliche Anerkennung vertritt dagegen wie bisher den Standpunkt der unbedingten Konwendigkeit einer vollständigen Streichung der Reparationen als Voraussetzung für die Überwindung der Wirtschaftskrise und ersten Schritt für die Gesamtlösung der internationalen Schuldfrage. Entgegen der völlig übereinstimmenden Haltung Englands, Italiens und Deutschlands hält Frankreich dennoch am Tributsystem fest.

Deutscherseits wendet man sich besonders dagegen, die Tributfrage in der jetzigen außerordentlich ernsten Lage der Weltwirtschaft als eine reine finanzielle Frage zu betrachten.